

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Christian Hafenecker, MA
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Erhalt des „Dieselprivilegs“**

eingebracht in der 10. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 22. Jänner 2020 im Zuge der Behandlung des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich (3. Freiwilligenbericht) (III-85/27 d.B.)

Die vielen Organisationen in die freiwilliges und ehrenamtliches Engagement investiert wird, wären bei einem Wegfall des sogenannten „Dieselprivilegs“, also der Streichung der steuerlichen Begünstigung und somit der Verteuerung des Diesels, massiv betroffen.

In einem Interview bekräftigte Bundesministerin Elisabeth Köstinger gegenüber der "Tiroler Tageszeitung" (Ausgabe vom 15.01.2020), dass das Dieselprivileg bleibt:

Werden Sie den Steuervorteil verteidigen?

Köstinger: In unseren Nachbarländern gibt es immer noch steuerliche Begünstigungen für Agrardiesel, die haben wir schon seit vielen Jahren abgeschafft. Es geht um Alternativen. Im Individualverkehr kann ich auf öffentliche Verkehrsmittel oder ein E-Auto umsteigen, bei Traktoren wird das noch dauern. Ein sehr guter Hebel sind Biotreibstoffe. Wir produzieren Bioethanol und wir haben viel Potenzial, grünes Gas in die Netze einzuspeisen.

Das Dieselprivileg bleibt?

Köstinger: Genau. Es wird aber an verstärkter Beimischung von alternativen Treibstoffen gearbeitet.

Ganz anders der Koalitionspartner. Bundesministerin Leonore Gewessler. Als Antwort auf einen tweet von Sepp Schellhorn:

Noch unvernünftiger könnte man es nicht machen. Dieselprivileg bleibt laut Köstinger. Also @sigi_maurer - da jetzt auch umgefallen? Echt jetzt?

schrieb Gewessler:

Wir machen es vernünftig, keine Sorge. Dieselprivileg wird Thema in d. Taskforce zur ökologischen Steuerreform. Wir wollen tabulos diskutieren. Klimaneutralität 2040 ist ein klares Ziel, Ökologisierung d. Steuersystems zentraler Baustein, darin Chancen zuhauf.

 **Sepp Schellhorn** @pepssch · 6 Std.
Noch unvernünftiger könnte man es nicht machen. Dieselprivileg bleibt laut Köstinger. Also @sigi_maurer - da jetzt auch umgefallen? Echt jetzt?
9 18 78

 **Leonore Gewessler** @lgewessler
Antwort an @pepssch und @sigi_maurer

Wir machen es vernünftig, keine Sorge. Dieselprivileg wird Thema in d. Taskforce zur ökologischen Steuerreform. Wir wollen tabulos diskutieren. Klimaneutralität 2040 ist ein klares Ziel, Ökologisierung d. Steuersystems zentraler Baustein, darin Chancen zuhauf. #ProgrammderChancen

10:13 vorm. · 15. Jan. 2020 · Twitter for iPad

Auch der grüne Verkehrssprecher Hermann Weratschnig will die Abschaffung des Dieselprivilegs, wie dem ORF-Online-Portal am 20.1.2020 zu entnehmen war:

Der Verkehrssprecher der Grünen im Nationalrat, Hermann Weratschnig, pocht auf die Abschaffung des Dieselprivilegs. „Wir werden dafür kämpfen, dass es nicht auf die lange Bank geschoben wird“, sagte Weratschnig heute bei einer Pressekonferenz in Innsbruck. Bereits in den kommenden Wochen oder Monaten soll eine Taskforce eingesetzt werden.

Auf oe24.at wurde am 20.1.2020 wurde eine Berechnung eines ÖAMTC-Experten veröffentlicht, demnach der Dieselpreis um 10,2 Cent je Liter steigen wird:

Die Pläne der Grünen kosten alle Österreicher, die Diesel-Fahrzeuge lenken, ziemlich viel Geld - jede Füllung eines 50-Liter-Tanks würde künftig 5 Euro teurer werden, rechnet ein Experte des ÖAMTC vor: "Fällt das Dieselprivileg weg, steigt der Steueranteil auf jenen für Super-Benzin, also von 39,7 auf 48,2 Cent. Jeder Liter Diesel kostet dann mit der einzukalkulierenden Umsatzsteuer 10,2 Cent mehr. Werden 50 Liter getankt, kommt das um fünf Euro teurer." Wer viermal pro Monat tankt, hat also Mehrausgaben von 20 Euro.

Noch als Beispiel für alle Pendler: Ein 20 Kilometer weiter Weg zum und vom Arbeitsplatz retour wird mit einem VW Golf TDI (5,6 Liter auf 100 Kilometer) etwa 14 Cent mehr kosten. Bei fünf Fahrten pro Woche sind das allein für diese Strecke 2,85 Euro mehr im Monat oder 34,20 Euro mehr im Jahr.

Um für „Freiwilligen-Organisationen“, aber auch für alle anderen Dieselfahrzeugbesitzer und für jene die sich gerade einen Autokauf überlegen, Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, in dieser Gesetzgebungsperiode keine Maßnahmen zu treffen, die zu einer Erhöhung der Mineralölsteuer (MÖSt) auf Diesel führen.“



